

**Bekanntmachung vom 15.04.2016 über die
Haushaltssatzung
der Stadt Werne
für die Haushaltsjahre 2016 und 2017**

Aufgrund der §§ 78ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Werne mit Beschluss vom 02. Dezember 2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

	2016	2017
<i>im Ergebnisplan mit</i>		
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	69.526.355,- €	76.341.472,- €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	80.347.511,- €	78.420.153,- €
<i>im Finanzplan mit</i>		
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	66.949.388,- €	73.992.906,- €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	74.459.303,- €	73.994.096,- €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.297.224,- €	2.855.500,- €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.966.068,- €	3.219.081,- €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.119.254,- €	813.581,- €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.657.800,- €	1.685.300,- €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

668.844,- €

363.581,- €

Amtsblatt der Stadt Werne

II/75 Jahrgang: 2016

Ausgabe: 06

Ausgabetag: 15.04.2016

	§ 3	2016	2017
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.		280.000,- €	0,- €
	§ 4		
Die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf festgesetzt.		10.821.156,- €	2.078.681,- €
	§ 5		
Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.		40.000.000,- €	40.000.000,- €
	§ 6		
Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 und 2017 wie folgt festgesetzt:			
1. Grundsteuer			
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf		400 v.H.	400 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf		565 v.H.	665 v.H.
2. Gewerbesteuer		445 v.H.	445 v.H.

Die Angabe der o. g. Steuersätze hat nur deklaratorische Bedeutung. Die Festsetzung der vorgenannten Hebesätze erfolgte bereits durch die Satzung über die Steuerhebesätze der Stadt Werne vom 18. Juni 2015.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2020 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Unter Anwendung von § 21 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) wird folgendes bestimmt:

Jedes Produkt ist eindeutig einer Organisationseinheit zugeordnet. Die Zuordnung aller Produkte orientiert sich an der Produktübersicht, die dem Haushalt beigefügt ist. Die Budgets der einzelnen Organisationseinheiten ergeben sich aus der Zusammenfassung aller zugeordneten Produkte. Sämtliche Erträge bzw. Einzahlungen und Aufwendungen bzw. Auszahlungen eines Budgets, mit Ausnahme der nachfolgend zentral aufgeführten Budgets

- Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen,
- Baubetriebshofleistungen,
- Mieten und Pachten sowie
- Personal- und Versorgungsaufwendungen

werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO NRW zur flexiblen Mittelbewirtschaftung verbunden. Dies gilt auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Eine Inanspruchnahme ist vorher beim Stadtkämmerer zu beantragen.

Innerhalb der einzelnen Budgets können Mehrerträge für Mehraufwendungen verwendet werden. Ebenso können Mehreinzahlungen innerhalb eines Produktes für Mehrauszahlungen verwendet werden. Vor Inanspruchnahme ist ein Antrag beim Stadtkämmerer zu stellen. Zweckgebundene Mindererträge bzw. Mindereinzahlungen kürzen die entsprechende Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigung.

Eine Verschiebung von Haushaltsmitteln zwischen den Budgets bedarf der Zustimmung durch den Stadtrat, soweit ein Betrag in Höhe von 30.000,- € überschritten wird. In allen übrigen Fällen entscheidet der Stadtkämmerer. Vom Stadtkämmerer genehmigte Budgetverschiebungen sind dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

§ 9

Unter Anwendung der §§ 83 und 85 GO NRW wird folgendes bestimmt:

Über die Leistung unabweisbarer über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet im Einzelfall bis zu einer Höhe von 30.000,- € der Stadtkämmerer. Er entscheidet ferner über sämtliche überplanmäßigen und

außerplanmäßigen Aufwendungen, die keine zahlungswirksamen Auszahlungen nach sich ziehen.

§ 10

Die Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan nach § 41 Abs. 1 Buchstabe h GO NRW i. V. m. § 4 Abs. 4 S. 2 GemHVO wird auf 25.000,- € (Summe der Auszahlungen pro Maßnahme und Jahr) festgelegt.

- - -

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 02.12.2015 stimmt mit dieser Bekanntmachung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW S. 516, SGV NW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

- - -

Die vorstehende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Unna mit Schreiben vom 27.01.2016 angezeigt und das Haushaltssicherungskonzept zur Genehmigung vorgelegt worden.

Mit Verfügung vom 11.04.2016, übergeben am 12.04.2016, wurde die Genehmigung erteilt.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2017 im Stadthaus, Konrad-Adenauer-Platz 1, 59368 Werne, 2. Obergeschoss, Zimmer 202 (Abt. II.1 - Stadtkämmerei -), montags bis mittwochs jeweils von 08:30 Uhr bis 12:30 Uhr und von 14:15 Uhr bis 16:00 Uhr, donnerstags von 08:30 Uhr bis 12:30 Uhr und von 14:15 Uhr bis 17:00 Uhr und freitags von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr öffentlich aus.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e, 15.04.2016

Der Bürgermeister



Lothar Christ

